Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

1872

DISSIPAT ATQUE FOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 3
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 70 und 62. Postfach 39

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frs. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0,45 Frs., Deutschland 40 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 101 — Saarlouis, Dienstag, den 1. Mai 1928. — 57. Jahrgang.

Der zweite Wahlsonntag in Frankreich.

Das endgültige Wahlergebnis. — Rechtsruck. — Poincares Stellung befestigt. — Sieg der Heimatrechtbewegung in Elsaß-Lothringen. — Schwierigkeiten in der Regierungsbildung.

Das amtliche Ergebnis.

	Im ersten Wahlgang gewählt	Gesamtergebnis aus beiden Wahlgäng.	Wahlen vom Mai 1924
Kommunisten:	0	14	26
Sozialistische Kommunisten:	0	2	3
Sozialisten:	15	98	105
Republikanische Sozialisten:	6	47	45
Radikalsozialisten:	21	111	141
Radikalrepublikaner und Linksrepublikaner (Mitte):	61	160	126
Republikan.-demokratische Union (Marin-Gruppe):	72	155	125
Konservative (äußerste Rechtsparteien: Demokraten und Royalisten):	12	18	15
Elsässische Autonomisten:	0	3	0
	187	606	584

Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnis, hat Poincare einen überwältigenden Wahlsieg errungen, der sicherlich als der bedeutendste angesehen werden kann, den der Ministerpräsident in seiner langen politischen Laufbahn jemals errang. In der neuen Kammer verfügt er insofern über eine Zweidrittelmehrheit, als wenigstens 420 neue Abgeordnete sich ihren Wählern verpflichtet haben, für den Ministerpräsidenten zu stimmen.

Die große **Schwierigkeit für Poincare** besteht nur darin, auf welcher Mehrheit er sich stützen soll, da er die Wahl zwischen zwei etwa gleich starken Parteien hat.

Der Ministerpräsident kann die Union republicaine democratique mit ihren 165 Abgeordneten in die Opposition drängen und mit den 314 Stimmen der Radikalsozialisten, Republikanern regieren. Er kann aber auch die 320 Stimmen wählen, die ihm die Union republicaine democratique, die Linksrepublikaner und die Linksradikalen zur Verfügung stellen werden, wodurch die Radikalsozialisten und republikanischen Sozialisten in die Opposition getrieben würden.

Poincare aber wird — dessen ist man sicher — wieder den dringenden Wunsch haben, **weder zur einen noch zur anderen Parteizusammenstellung zu greifen, sondern weiterhin mit einer Mehrheit zusammenarbeiten wollen, die aus den Links- und Rechtsparteien besteht.** Dabei müßten allerdings jene Radikalsozialisten, die ihm immer wieder Widerstand entgegensetzten, aus der Radikalsozialistischen Partei ausscheiden.

Der große Erfolg der Heimatrechtbewegung.

Straßburg, 30. April. Die Freunde eines französenfreundlichen Elsaß-Lothringers haben es trotz verzweifelter Gegenwehr nicht verhindern können, daß als Ergebnis der gestrigen Stichwahlen die Anhänger der Heimatbewegung in der neuen französischen Kammer unter der verschiedensten Gestalt vertreten sein werden. Die Erfolge des Heimatgedankens verteilen sich gleichmäßig auf die drei elsaß-lothringischen Bezirke. Im Oberelsaß stehen dem Sozialist Grumbach und dem kath. Dr. Pfleger die wiedergewählten Abgeordneten Brom und Bilger als Anhänger des Heimatgedankens gegenüber. Erst recht gilt dies für den in Altkirch gewählten Präsidenten des Heimatbundes Dr. Ricklin und für Professor Rosse, die sich beide in dem am Dienstag beginnenden Autonomistenprozeß zu verantworten haben.

Im Unterelsaß wurden die Abgeordneten Peirotes, Dr. Oberkirch und der Demokrat Frey wiedergewählt. Die wiedergewählten Abgeordneten Seltz und Walter, der Präsident und der Sekretär des elsässischen Zentrums sind Anhänger einer Verwaltungsautonomie. In Molsheim bezw. Zabern wurden trotz heftigen Gegenkampfes die Abg. Reck und Dahlet gewählt, die ebenfalls Anhänger der Heimatbewegung sind. Zu ihnen zählt man auch den Kommunisten Murer, der in Straßburg den Sozialisten Weill zu schlagen vermochte. Unter den neu gewählten Abgeordneten sind ferner verschiedene Gegner der Pariser Politik, so unter anderen der Bürgermeister Labach von Epfig.

Diese unzweideutige Wahlkundgebung der großen Mehrheit Elsaß-Lothringens wird zweifellos auf den Autonomistenprozeß ihren Einfluß ausüben. Bekanntlich wurde und wird in Frankreich alles daran gesetzt, die Autonomiebewegung als künstliche Mache zu bezeichnen.

Die ersten Pressestimmen.

Paris, 30. April. Das Ergebnis der gestrigen französischen Stichwahlen unterstreicht noch die am 1. Wahltage errungenen Erfolge der Rechtsparteien. Die Bürgerliche Rechte gewann nämlich 40 Sitze, während die bürgerlichen Mittelparteien nur 30 Abgeordnete ins Parlament entsenden werden. Die bürgerlichen Linksparteien verlieren etwa 20 Mandate. Der Verlust trifft fast ausschließlich die Radikal-Sozialisten (Herriot). Die Sozialisten haben sich behauptet, während die Kommunisten von ihren bisherigen 27 Sitzen 13 verloren haben. Die Gesamtzahl der Abgeordneten der Kammer erhöht sich von 584 auf 612. Innerhalb der bürgerlichen Gruppen hat also eine Verschiebung von Links nach Rechts stattgefunden.

Die gesamte Pariser Presse stellt das Ergebnis der Wahlen als einen unbestreitbaren Sieg Poincares fest.

Das „Oeuvre" erklärt, Poincare habe noch nie eine solche Popularität gehabt. Unzweifelhaft werde Doumergue Poincare nach seiner Demission mit der Bildung des Kabinetts beauftragen.

Der „Populaire" schreibt, daß die nationale Einigung zum nationalen Block geworden sei, und daß die neue Kammer eine Kammer der Rechten sein werde.

Die kommunistische „Humanite" bezeichnet die Wahl als das höchste Versprechen für die Kommunistische Partei im Hinblick auf die Zukunft. Die Kommunistische Partei werde mit noch größerer Kraft den rücksichtslosen Kampf gegen die bürgerliche Einigung fortsetzen. Der 1. Mai werde den Bürgerlichen beweisen, daß das Proletariat auf seinen Kampf zur Durchsetzung seiner Forderungen nicht verzichte.

Der „Victoire" macht die Linkskartells für den Erfolg der Autonomisten, die als Protestler in die Kammer einziehen werden, verantwortlich.

Der „Matin" bezeichnete das gestrige elsässische Ergebnis als die einzige Wolke des Tages, der soviele Lichtseiten für die aufweise, denen eine nationale Einigung am Herzen liegt.

Werden sie zurückfliegen?

Neuyork, 30. April. Der erste Pilot der „Bremen", Hauptmann Köhl, erklärte am Sonntag in Neuyork verschiedenen Vertretern gegenüber, er werde einen Sachverständigen nach Greenly Island entsenden, um den Motor der „Bremen" untersuchen zu lassen. Falls die Maschine flugtüchtig sei, beabsichtige er, das Flugzeug in einigen Tagen nach Neuyork zu bringen und von dort aus dann den Rückflug nach Deutschland anzutreten. Auf Grund der beim Ost-West-Flug gemachten Erfahrungen soll das Flugzeug jedoch mit einigen Neuerungen versehen werden, vor allem sollen ein Funkapparat und ein Sextant eingebaut werden, da nur magnetische Störungen die „Bremen" nach Norden abgetrieben hätten.

Die „Bremen" startbereit.

Neuyork, 30. April. Fräulein Hertha Junkers erhielt von dem auf Greenly Island weilenden Junkersmonteur die Mitteilung, daß die „Bremen", die von Hauptmann Köhl und seinen Begleitern wegen verschiedener Schäden am Notlandeplatz zurückgelassen worden war, nunmehr vollkommen repariert und startbereit sei. Hauptmann Köhl erklärte hierzu, daß er und seine Begleiter in zwei bis drei Wochen das Flugzeug nach Neuyork holen werden. Nach einer nochmaligen eingehenden Untersuchung solle dann der Plan eines Rückfluges nach Europa ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Polnische Vergiftungsmethoden.

Die Leidensgeschichte der deutsch-polnischen Verhandlungen, auf deren Ende Optimisten schon rechnen zu können glaubten, scheint noch für einstweilen unbestimmte Zeit weitergehen zu sollen. Entgegen den Abmachungen, die die beiderseitigen Wirtschaftsbevollmächtigten vor einigen Wochen in Wien trafen, haben die Kommissionsberatungen ihren Anfang, der für den 20. April anberaumt war, nicht genommen, das polnische Kabinett hat im Gegensatz zur Reichsregierung, die die Wiener Vereinbarungen gutheiß, seine Zustimmung noch nicht erteilt, und es ist deutlich aus der ganzen Haltung der polnischen Oeffentlichkeit das Bestreben erkennbar, die Wirtschaftsverhandlungen zu verschleppen und zu verzögern.

Das Bild wäre aber einseitig, wollte man lediglich die wirtschaftliche Seite der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen berücksichtigen. Mindestens ebenso wichtig ist das Wiederaufflackern jener Feindseligkeit auf polnischer Seite gegen Deutschland, die bisher die Schaffung eines normalen ausgeglichenen Verhältnisses zwischen beiden Mächten nicht ermöglicht hat. Man braucht nur an die künstlich entfachte Erregung der polnischen Bevölkerung über das Verbot des Rota-Liedes in den ostoberschlesischen Schulen durch Calonder zu denken, um zu wissen, woher der Wind weht. Zur Zeit befindet sich Calonder ja nun in Genf, um mit den zuständigen Völkerbundsinstanzen Rücksprache in dieser ganzen Angelegenheit zu nehmen. Die Rechtslage spricht so völlig gegen Polen, daß ein Protest beim Völkerbund ohne weiteres zurückgewiesen werden müßte. Und wir können auch nicht glauben, daß Herr Drummond und seine Minderheitsabteilung Calonder fallen lassen, nur, um etwaigen politischen Unbequemlichkeiten mit Polen aus dem Wege zu gehen.

Es scheint, daß man in Warschau sich über diese Situation ganz klar ist und daß man nun auf andere Weise versucht, „Stimmung" für die polnische Haltung zu machen. Es ist nämlich einigermaßen auffällig, daß in den letzten Tagen in verschiedenen Schweizer Zeitungen, namentlich in denen der Westschweiz, Artikel über den Stillstand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erschienen sind, die deutlich erkennen lassen, daß sie entweder überhaupt aus polnischer Feder stammen oder mindestens auf Material von polnischer Seite beruhen. Gewiß weiß man, daß das eine oder andere Blatt der französischen Schweiz von Geldern lebt, die aus Frankreich selbst stammen und daß es diesen Zeitungen zur Pflicht gemacht worden ist, die deutsche Politik wo immer nur möglich zu schädigen. Wenn aber ein Blatt wie das Genfer „Journal de Geneve", das sich als sozusagen völkerbundsoffiziös gibt und von sich mehrfach behauptet hat, daß es lediglich der Völkerverständigung dienen wolle, in das gleiche Horn bläst, dann bekommen die Dinge doch einen bedenklichen Anstrich. Darüber, daß diesmal für jeden, der wirklich sehen will, die ganze Verantwortung für die Verschleppung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen allein in Warschau liegt, kann gar kein Zweifel bestehen. Denn schließlich ist unbestreitbar, daß die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zur Fortsetzung der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht hat, obwohl das ganze Problem durch die Valorisierung der polnischen Zölle sehr erschwert wurde und obwohl vor allem die bekannte Grenzverordnung der polnischen Regierung, die sich ganz eindeutig und ausschließlich gegen Deutschland richtet, trotz deutschen Einspruchs nicht zurückgezogen worden ist. Die Reichsregierung hat ihren Wunsch, mit Polen wenigstens erst einmal zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen, so offenkundig zum Ausdruck gebracht, daß sie über jeden Verdacht, daß sie etwa auf eine Verzögerung der Verhandlungen abziele, erhaben ist. Man sagt sich seit geraumer Zeit in Berlin, daß die Herbeiführung des Wirtschaftsfriedens mit der Zeit auch zu normalen politischen Beziehungen führen würde.

Es fragt sich nun, von welchen Motiven der neue polnische Propagandafeldzug gegen Deutschland diktiert wird. In der wirtschaftlichen Lage unseres östlichen Nachbarn finden sich hierfür nicht die geringsten Anhaltspunkte. Im Gegenteil, erst kürzlich hat der polnische Finanzminister in einem Interview mit dem Korrespondenten einer deutschen Zeitung zum Ausdruck gebracht, daß Polen zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage auf eine wesentliche Steigerung seines Exports angewiesen ist. Es bleibt also nur übrig, nach irgend welchen politischen Motiven zu suchen, und da ist deutlich erkennbar, daß seit der Romreise des polnischen Außenministers Zaleski ein Umschwung in der Haltung der polnischen Regierung eingetreten ist, der das Verhältnis gegenüber Deutschland wesentlich verschlechtert hat. Wir wissen nicht, ob man in Warschau der Meinung ist, bei einer Anlehnung an Italien für Polen größere Vorteile herausholen zu können als bei einer bewußt betriebenen Verständigungspolitik Deutschland gegenüber. Wir wissen aber, daß Deutschland in aller Ruhe abwarten kann, wohin der polnische Kurs führt. Nicht Polen, sondern Deutschland ist im wirtschaftlichen Verhältnis beider Staaten zueinander der gebende Teil, und diese unbestreitbare Tatsache läßt sich auch durch die bewußt von Warschau aus betriebene Vergiftungspropaganda nicht aus der Welt schaffen.